

Aalener Jahrbuch 1988

Herausgegeben vom Geschichts-
und Altertumsverein Aalen e.V.

Bearbeitet von Karlheinz Bauer

Konrad Theiss Verlag
Stuttgart und Aalen

Die Revolution von 1848/49 in Aalen

Karlheinz Bauer

Politische Auseinandersetzungen im Vormärz

Die langen Regierungsjahre des nüchternen und sparsamen Königs Wilhelm I., der seit der Verfassungsvereinbarung von 1819 im Rufe eines liberalen Fürsten stand, hatten die wirtschaftliche Lage des Landes erheblich gebessert. Sie gab im Lande keinen unmittelbaren Anlaß zu größeren politischen Erregungen und stärkte im übrigen das Selbstbewußtsein des Bürgertums. Dennoch waren die Jahrzehnte vor 1848 von der Reaktion geprägt. Die Presse blieb durch die Zensur gehemmt, freiheitlich und national Gesinnte sahen sich in ihren Zielen zurückgeworfen. Doch um 1845 wandelte sich auch in Württemberg die Stimmung¹.

Seit 1838 war die Gründung politischer Vereine verboten; es ließ sich jedoch nicht verhindern, daß sich allerorts Vereine bildeten, die zwar nach ihren Satzungen völlig unpolitische Ziele verfolgten, sich tatsächlich aber zu Treffpunkten des freisinnigen Bürgertums, der politisch Unzufriedenen entwickelten. 1841 entstand in Aalen eine Bürgergesellschaft, 1846 wurde der Männerturnverein (MTV) gegründet.

Eine zunehmend schärfere Überwachung mußte sich die Presse gefallen lassen. Die Königliche Zensurkommission verfaßte detaillierte Vorschriften für die Zensoren und wies sie immer wieder auf ihre wichtige Aufgabe hin. Am 12. Februar 1846 erging die Weisung, „daß auch die auf rein inländische Zustände sich beziehenden Erörterungen (in den Lokalblättern) über Mängel und Gebrechen der öffentlichen Verwaltung und Gesetzgebung . . . zu unterdrücken sind, wenn sie dazu geeignet sind, die Volksleidenschaften gegen die öffentliche Verwaltung des Landes aufzureizen“². Wenige Wochen später hieß es, man habe „allen Aufsätzen, welche eine Aufforderung an die Gemeindebehörden enthalten, die Öffentlichkeit ihrer Sitzungen einzuführen, das Imprimatur zu verweigern“³.

Bedrohlich wurde die Lage, als die Mißernten der Jahre 1846 und 1847 wieder Notzeiten brachten, die Krisen, Krawalle und Marktunruhen auslösten. Neben der Kartoffelfäule verschlechterte die geringe Getreideernte die Ernährungslage. Die Folge davon war eine Teuerung, die vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten in den Städten betraf.

Im Februar 1847 waren die Preise so gestiegen, „daß die harte Not, die sich unter manchem Dach befindet, um Hülfe ruft“⁴. Die Klage richtete sich vor allem gegen die reichen Bauern, welche die Zeit der Teuerung kaum spürten, und gegen die Fruchthänd-

ler, denen man vorwarf, daß sie durch Ankauf und Lagern der Frucht künstlich die Preise in die Höhe trieben. So wandte sich in Ulm die Erregung gegen die großen Mühlenbesitzer, die des Wuchers beschuldigt wurden. Am 11. Mai 1847 wurde ein Ulmer Kunstmüller vor dem Kornhaus überfallen und entkam nur mit Not. Die aufgebrachte Volksmenge schnitt dann auf dem Markte den Bauern die Kartoffelsäcke auf und stürzte sich auf deren Inhalt, stürmte nach der Langmühle an der steinernen Brücke, warf dort die Fenster ein, brach die Türen auf, zertrümmerte das Mobiliar und plünderte die Mehlvorräte. Dann zog die Menge zur Brauerei zum Hasen, dessen Besitzer eine frivole Äußerung gegen die Armen getan haben sollte. Auch hier wurde vieles zertrümmert und gestohlen, bis das Militär einschritt. 200 Personen wurden sodann angeklagt und büßten ihren Landfriedensbruch teilweise mit Zuchthaus bis zu vier Jahren. Man machte allgemein die Liberalen für diese Unruhen verantwortlich. Auch in Stuttgart gab es im Mai 1847 solche Hungerkrawalle, wobei sogar eine Abteilung Soldaten Feuer gab und mehrere Personen verwundete. Gewisse Kreise munkelten, man habe unter den Aufrührern den Landtagsabgeordneten Friedrich Römer und andere Mitglieder der liberalen Opposition gesehen⁵.

In Aalen hatte man sich auf ähnliche Ausschreitungen eingestellt. Vom Königlichen Arsenal in Ludwigsburg wurden 80 Gewehre mit Bajonetten bezogen⁶. Oberamtmann Bürger berichtete dem Innenministerium⁷: „Man fürchtete anlässlich des Fruchtmarktes am 10. Mai 1847 Unruhen. Landleute der geringsten Klasse wurden an diesem Tage erwartet, die in der Hoffnung auf Plünderung kamen, ebenso die Arbeiter des Königlichen Hüttenwerkes in Wasseralfingen . . . Was die Situation noch bedenklicher machte, war eine Menge gerade zu diesem Zeitpunkt anwesender Ortsfremder und zum Teil sogar ausländischer Handwerksgesellen.“ Inzwischen hatte der schon im Dezember 1846 ins Leben gerufene Armenverein damit begonnen, Brot an Notleidende zu verteilen; im Hause seines Vorsitzenden, Dekan Hartmann, richtete er im Frühjahr 1847 eine öffentliche „Suppen- und Brot-Anstalt“ ein, um das Los der Ärmsten zu erleichtern⁸. Auch die Oberamtsverwaltung traf unverzüglich eine Reihe von Vorbeugungs- und Abwehrmaßnahmen⁹: „Billige Brotabgabe an Bedürftige, Kapital-sammlung wohlhabender Bürger, um Getreide in Bayern einzukaufen, das dann zum Selbstkostenpreis verkauft werden sollte, Organisation der Bürgerwache, Zusammenziehung der Landjägersmannschaft und des gesamten Forstpersonals. Diese Vorsicht mochte übertrieben erscheinen; da aber auf jeden Fall Krawalle verhindert werden sollten, schien sie doch am Platze. In Aalen blieb alles ruhig.“ Die Bürgerwache kam somit nicht zum Einsatz und was die Feuerwaffen betraf, so machte man „auf dem Rathaus einen schicklichen Platz für dieselben ausfindig“¹⁰.

Auf die wirtschaftliche Lage des städtischen Handwerks, Handels und Gewerbes wirkte sich die Teuerung lähmend aus. Im Oberamt Aalen war das Gewerbe zu dieser Zeit stark überbesetzt, so daß ein scharfer Konkurrenzkampf entbrannte. Ein Berufswechsel war durch den Zunftzwang fast unmöglich. Der einzelne Handwerker war

mit Unterbieten und Kundenfang beschäftigt. Die wirtschaftliche Krise wirkte sich in einer Arbeitslosigkeit aus, die vor allem die Kleinhandwerker betraf. Zahlreiche Auswanderungen waren die Folge. So begann sich unter dem Drucke wirtschaftlicher Not in der Stadt das politische Leben zu regen, anders als auf dem Lande, wo sich die Bauern und Tagelöhner noch ruhig verhielten. Aber auch diese hatten genug zu tun, um ihre Existenz zu erhalten. Die verschiedenen Abgaben, die auf den kleinen bäuerlichen Betrieben lasteten, gaben Anlaß zur Unzufriedenheit. Doch wandte sich diese mehr gegen die Grundherren als gegen den Staat selbst. Im Städtchen Aalen, dessen Bewohnern der Prälat Johann Gottfried Pahl in seinen 1840 erschienenen „Denkwürdigkeiten“ noch eine „unzertrennliche Anhänglichkeit an die vaterländischen Mauern“ bescheinigt hatte¹¹, begannen sich die Bürger für Dinge zu interessieren, die nicht nur im Bereiche ihrer allernächsten Umgebung geschahen. Das Lokal der Bürgergesellschaft (Gasthaus zum „Dreikönig“) war immer gut besucht. Diakon Hermann Bauer eröffnete im Mai 1847 in der „Harmonie“ einen Leseverein¹², schon im August übernahm er die Agentur des Volksschriftenvereins für den Oberamtsbezirk. Jedermann war eingeladen, „der entweder selbst gerne etwas Schönes und Nützliches liest oder gute Schriften unter dem Volke zu verbreiten liebt“¹³. Ein vertieftes Wissen galt als das sicherste Mittel zur Heranbildung eines selbständigen Bürgertums.

Das Verhältnis zwischen den Bürgern und der Stadtverwaltung war häufig gespannt und durch viele Zwistigkeiten belastet. Deutlich „richtete sich seit alten Zeiten das Mißtrauen der Bürgerschaft gegen die eigennützige Art dieser Verwaltung“¹⁴. An ihrer Spitze stand seit 1829 Stadtschultheiß Philipp Ehmann, dem eine konservative Haltung nachgesagt wurde. Er war nicht sehr beliebt und mußte immer wieder scharfe Angriffe durch anonyme Zuschriften einstecken. Schon am 10. Mai 1846 fand er einen Drohbrief vor, der in seiner Haustüre eingeklemmt war. Darin drohte ihm und dem Oberamtmann ein Unbekannter an, man wolle ihre beiden Häuser anzünden, wenn sie künftig nicht besser handeln. Nachdem in dem Drohbrief nicht weiter angegeben war, in welcher Weise die beiden Beamten nicht recht handelten, und auch die Handschrift von niemandem erkannt wurde, beschloß der Stadtrat, den Brandbrief zu den Akten zu nehmen¹⁵. Im Oktober 1847 fand man vor dem Rathaus erneut ein anonymes Schreiben; es enthielt Drohungen und Beschimpfungen gegen Stadtschultheiß und Stadtrat. Da wieder niemand die Handschrift kannte, wanderte auch dieser Brief zu den Akten¹⁶.

In der Verwaltung der Stadt standen dem Stadtschultheißen die bürgerlichen Kollegien, Gemeinderat (oder Stadtrat) und Bürgerausschuß, zur Seite. Die beiden Gremien zählten je zwölf Mitglieder und hielten wöchentlich im Rathaus eine nichtöffentliche Sitzung ab. Nach dem Wortlaut der Verfassung und dem Verwaltungsedikt waren die Mitglieder des Gemeinderates zunächst auf zwei Jahre, bei der Wiederwahl dagegen auf Lebenszeit gewählt. Hier setzte die Kritik ein; im Stadtrat saßen oft Männer, die das Vertrauen der Bürgerschaft längst verloren hatten, gegen die man aber nichts un-

ternehmen konnte. Dagegen wurden die Mitglieder des Bürgerausschusses, der ein Kontrollorgan des Gemeinderates sein sollte, alle zwei Jahre neu gewählt; der einzelne konnte sich in dieser kurzen Zeit kaum einarbeiten. Die überlegene Stellung der Gemeinderäte wurde schon äußerlich durch die Sitzordnung dokumentiert. Die Mitglieder des Gemeinderates saßen auf blaugepolsterten Sesseln, die Mitglieder des Bürgerausschusses, die Gemeindegemeindepriester, dagegen auf harten Holzbänken (sogenannte „Schrannen“). Man hieß die letzteren daher im Volksmund die „Schrannenfurzer“¹⁷. Häufig blieben sie den Sitzungen fern, was verständlicherweise Unmut auslöste. Als sich im November 1846 der Bürgerausschuß wieder einmal nicht in gehöriger Anzahl eingefunden hatte, so daß man in den Verhandlungen lange hingehalten wurde, beschloß der Stadtrat, die Abwesenden fernerhin unnachsichtlich zu bestrafen¹⁸.

Ein weiterer Stein des Anstoßes war die Tatsache, daß die Gemeindebeamten allein vom Stadtrat, ohne Mitsprache des Bürgerausschusses, gewählt wurden. Mit Vorliebe fielen diese Ämter, die nicht schlecht dotiert waren, an Mitglieder des Stadtrates. Man konnte den berechtigten Eindruck gewinnen, daß die städtische Aristokratie die öffentlichen Ämter unter sich verschacherte.

Am 27. Januar 1848 war ein städtischer Waldmeister zu wählen, nachdem der bisherige Amtsinhaber, Stadtrat Friedrich Palm, seine Aufgabe wegen anderer Verpflichtungen zur Verfügung gestellt hatte. Als sein Nachfolger wurde in nichtöffentlicher Sitzung der Stadtratskollege Leonhard Winter bestimmt¹⁹. Daraufhin erschien im „Boten von Aalen“ am 1. Februar ein geharnischter Artikel²⁰: „Zur Wahl eines neuen Waldmeisters. Der alte, mit den Anforderungen der Zeit und dem allgemeinen Verlangen nach Öffentlichkeit im Widerspruch stehende Grundsatz unserer Gemeindebehörde, die Kandidaten eines in Erledigung gekommenen städtischen Amtes bloß innerhalb des Kollegiums zu suchen und ja nichts außer demselben unterzubringen, hat sich bei der in der Stadtratssitzung am 27. vorigen Monats angeordneten Wahl eines städtischen Waldmeisters, dessen Gehalt 75 fl pro Jahr, wieder aufs neue zu erkennen gegeben. Sicherem Vernehmen nach fiel diese Wahl abermals auf ein stadträtliches Mitglied, welches vor Beginn derselben von dem Vorstande als zur Annahme bereit bezeichnet wurde, und zwar mit einer nahe an Einheit grenzenden Stimmenzahl.“ Der Artikel verfehlte seine Wirkung nicht. Der Gemeinderat fühlte wohl das Unrechtmäßige seines Handelns; schon am 7. Februar stand die auch vom Oberamt nicht bestätigte Wahl eines Kontrolleurs des Waldertrages erneut auf der Tagesordnung²¹. Im Verlaufe der Diskussion verzichtete Stadtrat Winter auf das Amt; die Stelle wurde sodann im „Boten von Aalen“ am 8. Februar öffentlich ausgeschrieben²².

Dies wurde als der erste Erfolg der Aalener „Revolutionäre“ gewertet, als deren Sprachrohr sich der Herausgeber des „Boten von Aalen“, Buchdrucker Friedrich Jakob Münch, mit seinem kritischen Artikel öffentlich zu erkennen gegeben hatte. Ein Leserbrief zielte wohl auf ihn und seine Hintermänner, die gegen den Stadtrat agierten²³. „Eine dahier bestehende Faction, welche es sich zur Hauptaufgabe macht, die

hiesige Gemeindeverwaltung fortwährend zu bekritteln und lächerlich zu machen“, versuche, „bei zu besetzenden Stellen Leute nach ihrer Richtung an das Ruder zu bringen“. Dies schien zuzutreffen, denn „Der Bote von Aalen“ erbot sich, einen tüchtigen Mann zu benennen, der das Amt des Waldkontrolleurs für ein Jahresgehalt von nur 50 Gulden übernehmen würde²⁴. Am 28. Februar wurde erneut gewählt; das Amt fiel auf einen Bewerber, der nicht Stadtrat war²⁵. Allein dieser Schachzug brachte die Kritik nicht zum Schweigen. Im Gegenteil: Der Erfolg machte Mut.

Die Märzereignisse 1848

Unter dem Eindruck der Hungersnot und Teuerung nach den Mißernten von 1846 und 1847 hatte eine allgemeine Unzufriedenheit weite Teile des Landes ergriffen. Die politische Sprache wurde fordernder. Im Januar 1848 begannen in Württemberg Unruhen. Eine stürmische Versammlung in Stuttgart verlangte ein Bundesparlament, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Schwurgerichte und Volksbewaffnung. In München führte der Skandal um König Ludwig I. und die spanische Tänzerin Lola Montez zur Auflehnung.

Am 26. Februar 1848 war die Nachricht von der Revolution in Paris, vom Sturz der Monarchie und der Errichtung der französischen Republik in Stuttgart eingetroffen. Nun brach auch in den deutschen Ländern die Revolution aus, getragen vom Freiheitsstreben und von dem Wunsche nach deutscher Einheit²⁶.

Der Verlauf der Revolution von 1848 in Württemberg war wesentlich durch die persönliche Eigenart und das taktische Verhalten des Königs bestimmt. Wilhelm I. kam mit der Aufhebung der Pressezensur am 1. März 1848 einer der drängendsten Forderungen des Volkes entgegen²⁷. Sodann erließ er ein „Königliches Manifest“ folgenden Wortlauts²⁸: „Württemberg! Die großen Weltbegebenheiten²⁹, deren Wirkungen für unser Land sowie für unser großes gemeinschaftliches Vaterland noch nicht zu übersehen sind, haben die größte Aufregung hervorgebracht. In diesem entscheidenden großen Augenblick spricht euer König zu Seinem treuen Volk. Bewährt auch jetzt wieder euern echt deutschen Charakter, fest in dem Vertrauen in die göttliche Vorsehung, deren Allmacht und Weisheit das Schicksal der Völker lenkt, treu gegen eure Regierung und Verfassung, die eure Rechte und Eigentum beschützt; Ruhe, Ordnung und Gehorsam vor dem Gesetz ist die heiligste und notwendigste Pflicht. Reichen wir unsern deutschen Brüdern die Hand; wo unserem Vaterland Gefahr droht, werdet ihr Mich an eurer Spitze sehen. Segen unserem Vaterland, Heil und Ruhm für ganz Deutschland!“

Sehr schnell griff das Feuer der Revolution auf das Land über. Trotz der königlichen Proklamation begannen überall in den Städten Bürgerversammlungen stattzufinden. In einer Adresse an den König, unterzeichnet von den Stuttgarter Bürgern, wurde die Regierung aufgefordert, dringende Volkswünsche zu verwirklichen. Die Aalener Bür-

ger schlossen sich durch eine ähnliche Adresse am 3. März an³⁰. Diese Adresse, die „eine Neugeburt des ganzen Vaterlandes zu größerer lebendiger Einheit und Einigkeit“ als dringend notwendig erkannte, forderte:

1. Reorganisation des Deutschen Bundes durch die Berufung eines Parlaments,
2. Volksbewaffnung,
3. volle Pressefreiheit,
4. allgemeines Petitionsrecht und Versammlungsfreiheit,
5. öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren sowie Einführung von Geschworenengerichten,
6. Gewissens- und Religionsfreiheit,
7. Hebung der Gewerbe,
8. Verringerung der Grundlasten,
9. gerechte Besteuerung,
10. Unterstützung der Volksbildung und Armenpflege,
11. Einsparungen im Staatshaushalt,
12. Vereinfachung der Verwaltung.

Trotz des allgemein bestehenden politischen Zündstoffes war die Tendenz der Aaleener Adresse keineswegs revolutionär. „Weit entfernt davon, in einer gefahrdrohenden Zeit ungebührliche Zugeständnisse fordern zu wollen“, brachte ihr Verfasser zum Ausdruck, daß man loyal zum König stehe. Die Bürger wünschten keinen Umsturz, sondern einen „gesetzlichen Fortschritt“ und „ein wahrhaft konstitutionelles Staatsleben“. Sie fürchteten nichts mehr als das republikanische Frankreich und sprachen von fremden widrigen Einflüssen, die schon einmal für ganz Deutschland so verderblich geworden seien. Man fühle sich nicht als unterdrücktes Volk, „welches bei Fremdlingen [= Franzosen] Erlösung sucht“ und hoffe, daß der König, „umringt von den Vertretern des Volkes“, die Verfassungsentwicklung des Landes zum gedeihlichen Abschluß führen möge.

In Ulm rief Stadtschultheiß Schuster am 2. März während einer Versammlung aus³¹: „Das Barometer steht auf Sturm!“ Er warnte vor den politischen Vorgängen in Frankreich. „Unermeßlich sind die Folgen dieser Umgestaltung für Deutschland. Noch wissen wir nicht, was die Republik in Beziehung auf das Ausland beginnen wird . . . Jedenfalls muß Deutschland in den Stand gesetzt sein, . . . gegen Frankreich in mächtiger Einheit dazustehen . . . In der Zerrissenheit Deutschlands mit seinen verschiedenartigen, oft feindlich gegenüberstehenden Interessen, in den egoistischen Bestrebungen der einzelnen Mächte, in der Möglichkeit des verschiedenartigen Einflusses von auswärtigen Mächten, in den Zerwürfnissen, denen Deutschland selbst verfallen, und in der zum großen Teile vorherrschenden Unbehaglichkeit und Unzufriedenheit der einzelnen Völker liegt keine Garantie für ein einheitliches kräftiges Handeln. Es kann und darf nicht so bleiben, Fürsten und Völker müssen sich die Hände reichen und müssen vereint die große deutsche Nation schaffen.“

Der Völkerfrühling erfaßte auch die Aalener Bürger. Mitte März wurden in den Geschäften schwarz-rot-goldene „Freiheitsbänder“ angeboten³². Kaufmann Fürgang hatte in seinem Warensortiment besondere Rücksicht auf inländische Fabrikate genommen und glaubte damit „dem gegenwärtig vorherrschenden patriotischen Sinne“ vollkommen zu entsprechen³³. Ein begeisterter Vaterlandsfreund äußerte in der Zeitung³⁴: „Wir, die wir nun bald im Besitze unserer vollen geistigen und politischen Rechte sind, wollen aber nicht rasten, bis alle deutschen Staaten, bis das Gesamtvaterland frei, stark und groß in seinem Volke und seiner gerechten Fürsten dasteht! Um die letzteren wollen wir uns dann scharen und für unsere nationale Selbständigkeit allen und jeden Kampf wagen!“ So war auch in Aalen „der doppelte Charakter einer zugleich nationalen und liberal-demokratischen Revolution vom ersten Tage an sichtbar“³⁵.

Nach dem Inkraftsetzen des liberalen Pressegesetzes folgte der zweite Schritt des Königs zur Erfüllung demokratischer Forderungen. Er entließ den unpopulären Innenminister Schlayer und berief das sogenannte „Märzministerium“, welches das erste parlamentarische, d. h. dem Parlament verantwortliche Ministerium des Landes darstellte und in das auch Mitglieder der Opposition berufen wurden. Als Justizminister wurde Friedrich Römer, als Minister des Kirchen- und Schulwesens Paul Pfizer bestellt. Nicht alle Mitglieder des neuen Kabinetts waren Angehörige der Opposition³⁶. Ein Mißtrauensantrag der Reutlinger Bürger wandte sich gegen die verbliebenen Minister des Vormärz von Maucler, Graf von Beroldingen (Außenminister) und Graf von Sontheim (Kriegsminister).

Die rasche Bildung des liberalen Ministeriums verhinderte in Württemberg größere revolutionäre Erhebungen. Die neue Regierung löste den Landtag auf und schrieb Neuwahlen aus. Dies hatte in dieser unruhigen und bewegten Zeit des Kampfes um Freiheit und Selbständigkeit die Folge, daß fast jedes Dorf eine Revolution im kleinen erlebte, wenn es auch nur seinen Schulzen absetzte oder neue Männer in die bürgerlichen Kollegien wählte. Der Protest richtete sich in den einzelnen Gemeinden hauptsächlich gegen die lebenslängliche Wiederwahl der Gemeinderäte und deren geheime Sitzungspraxis. Die Märztage brachten erhebliche Unruhen unter die Gemeinderäte. Aufgeweckte Bürger sahen die Trägheit und Überalterung ihrer Gremien und forderten eine baldige Abschaffung der Lebenslänglichkeit und der „Vetterleswirtschaft“. Die Welle von Absetzungen und Rücktritten erfaßte auch Aalen. Nachdem gehörig gegen Stadträte polemisiert wurde, legten Kaufmann Friedrich Palm und Oberamtspfleger Schwarzkopf am 4. bzw. 6. März ihre Ämter nieder³⁷. Als Grund gab der erstere „seine sonstigen in neuerer Zeit übernommenen Geschäfte“ an, während der letztere „keine Lust“ mehr bezeugen konnte, ein solches Amt länger zu behalten. Am 14. März erschien im „Boten von Aalen“ ein Inserat aus Oberkochen³⁸: „Wie wir hören, soll in der Oberamtsstadt Aalen nicht nur der Herr Stadtschultheiß, sondern auch die auf Lebensdauer gewählten Stadträte ihre Entlassung genommen haben.“ Der Ver-

fasser dieser Meldung hatte übertrieben, offenbar in der Absicht, die Abdankung der Oberkochener Gemeinderäte zu beschleunigen. Tatsächlich waren zu diesem Zeitpunkt in Aalen erst zwei „Lebenslängliche“ zurückgetreten. Schon in der Sitzung am 20. März folgten drei weitere. „Sowohl die gegenwärtigen Zeitverhältnisse als auch insbesondere die Unzufriedenheit des Publikums mit den lebenslänglichen Stadtratsstellen“ veranlaßten Stadtpfleger Sannwaldt, Stiftungspfleger Arnold und Immanuel Winter, ihre Ämter aufzugeben³⁹. Wenige Tage später verzichtete auch der Nestor des Gemeinderates, Enßlin, auf sein Amt⁴⁰. Einige Stadträte beriefen sich auf ihre angeblich wohlerworbenen Rechte und wollten noch nicht so schnell abdanken. Auch etliche Frauen stellten sich auf diesen Rechtsstandpunkt. Die Frau des Sattlermeisters Pahl soll zu ihrem Gemahl gesagt haben: „Du bleibst auf Deinem Stuhl droben sitzen; ich habe Dich als Stadtrat geheiratet“⁴¹.

Um die Lücken der zurückgetretenen Gemeinderäte zu schließen, wurde auf 25. März eine Ergänzungswahl anberaumt. Am Vortage der Wahl konnten die Bürger in ihrem Lokalblatt lesen⁴²: „Die Glocke des Ausrufers hat uns schon zweimal verkündet, daß wir morgen sechs Stadträte zu wählen haben . . . Wir besitzen aber in unserm Kollegium noch vier lebenslängliche Stadträte, von denen zwei sogar noch jeder einen jährlichen fixen Gehalt von 10 fl aus der Stadtkasse beziehen. Da nun die Lebenslänglichkeit der Stadträte schon längst als eine Kalamität des Landes bekannt ist, so glauben mehrere Bürger, daß wirklich der geeignete Zeitpunkt wäre, dieser auf einmal ein Ende dadurch zu machen, wenn man die auf morgen anberaumte Wahl insolange nicht vornähme, bis die noch übrigen vier Lebenslänglichen auch ihre Stellen niedergelegt haben, und es wäre damit auch eine zweimalige Wahl erspart, indem sich dieselben in die Länge doch nicht mehr halten können.“ Auch dieser Artikel verriet die Handschrift des Herausgebers des Blattes, Buchdrucker Münch, zumal er an bevorzugter Stelle, noch vor den amtlichen Bekanntmachungen, plazierte war. Sein Vorschlag fand jedoch bei der Mehrheit der Aalener Bevölkerung keine Unterstützung; auch die angesprochenen Stadträte, mit Ausnahme von Sattler Pahl⁴³, zögerten noch mit ihrem Rücktritt. Der Wahlauf Ruf eines Bürgers unterstrich nochmals, „ja keinen Kommuni diener . . . in Stadtrat zu wählen, weil man Diener und Herr nicht zugleich in einer Person sein kann . . . Nur so stände ein Stadtratskollegium frei und unabhängig da, wenn alle Nebenämter aus demselben entfernt wären“⁴⁴.

Die Wahl brachte eine spürbare Umschichtung in der Zusammensetzung des Gemeinderates. Für die fortschrittlicher gesinnten Bürger schien die Zeit gekommen, das bislang reaktionäre Steuer der Stadt in den Griff zu nehmen. Erleichtert berichtete „Der Bote von Aalen“⁴⁵: „Die neuen Stadtratswahlen sind glücklich ausgefallen, indem sie größtenteils Männer aufs Rathaus sandten, deren patriotische Gesinnungen keinen Zweifel übrig lassen.“ Der Berichterstatter versäumte nicht, sogleich Forderungen an die Neugewählten zu stellen. Es stehe „der Öffentlichkeit der Stadtratsverhandlungen nun wohl nichts mehr im Weg“, auch könnten „seine Beratungen unter den Augen der

Bürgerschaft vor sich gehen“; dies würde das gegenseitige Vertrauen erhöhen und dem Gremium unnötige Kritik ersparen. Auch erwarte man von den Stadträten, daß sie zugunsten der Stadtkasse auf die „Rathausporteln“ (= Sitzungsgelder) verzichten, da man hoffe, „sie betrachten ihre Stellen als Vertrauens- und Ehrenstellen und nicht als Mittel, ihren pekuniären Vorteil zu erhöhen“. Dieser Appell an die Großzügigkeit der Stadtväter blieb nicht ohne Erfolg. Einer von ihnen antwortete spontan im „Boten von Aalen“⁴⁶: „Meinen Anteil der Stadtratssporteln gönne ich nicht der Stadtkasse, sondern werde dieselben denjenigen ärmeren Bürgerfamilien zufließen lassen, die unter dem Drucke der Zeit mit Ruhe und Geduld ihr Los ertragen.“ Auch die übrigen Stadträte zeigten sich großzügig und verzichteten allesamt auf ihre Allmendteile, damit sie unter die jüngeren Bürger durch das Los verteilt werden konnten⁴⁷. Beim Ergebnis der Wahl war aufgefallen, daß Stadtrat Enßlin, obwohl er zu den „Lebenslänglichen“ gehört hatte, „wegen seiner umfangreichen Lokalkenntnisse und Humanität“ wiedergewählt wurde⁴⁸.

Der Umschwung in der allgemeinen Stimmung erfaßte auch das Stadtoberhaupt. Stadtschultheiß Philipp Ehmann besaß ohnehin wenig Sympathie in der Bürgerschaft; Ende März dankte er, „den Wünschen der Zeit Rechnung tragend“, freiwillig ab. Am 27. März wurde in einer Wahlversammlung auf der „Steinbreite“⁴⁹ Schultheiß Bäuerle von Essingen als Kandidat empfohlen. Wenige Tage später war der Tagespresse in Verwaltungsaktuar Oesterlein ein Gegenvorschlag zu entnehmen. Als weiterer Bewerber trat auch der zurückgetretene Stadtschultheiß Ehmann auf. In der Wahl, die Anfang April stattfand, siegte der erst kurz zuvor in Aalen aufgezogene Gustav Oesterlein. Schon in der Gemeinderatssitzung am 8. April erwog man eine Ämtertrennung, ob die Ämter des Stadtschultheißen und des Ratschreibers wie bisher in einer Hand bleiben sollten; die bürgerlichen Kollegien entschieden sich, wohl aus finanziellen Erwägungen, für die herkömmliche Praxis⁵⁰.

Der Sturm einer revolutionären Bewegung fegte Ende März auch durch die Gemeinden der Umgebung. Fast überall wandten sich die Bürger gegen die lebenslängliche Wiederwahl ihrer Gemeinderäte. In Hohenstadt wurde geklagt, „während man aus allen öffentlichen Blättern von freiwilligen Rücktritten . . . hört, zeigt sich hier nicht die geringste Spur und es scheint, daß das Maß immer noch nicht ganz voll sei und daher auch mancher in seinen 70er und 80er Jahren von der alten Verstocktheit und Hartnäckigkeit nicht fingersbreit abzuweichen gedenkt“. Der öffentliche Druck bewirkte, daß innerhalb weniger Tage „im Interesse des Fortschritts“ mehrere Schultheißen und die meisten Gemeinderäte, die „nicht das geringste Zutrauen“ mehr besaßen, so in Hohenstadt, Oberkochen, Unterkochen, Lauterburg, Hüttlingen u. a., abdankten, bevor sie „gemetternicht“ wurden⁵¹. In Essingen entlud sich der Unmut gegen die Grundherrschaft. Jahrzehntelang schwelende Streitigkeiten mit dem Hause Woellwarth, die hauptsächlich Baulastverpflichtungen und Abgabeforderungen zum Inhalt hatten, wurden zur hellen Flamme; eine empörte Bürgerschaft bezichtigte im Verlaufe

der Auseinandersetzungen ihren Gutsherren des Meineids. Als es mehrfach zu schwersten Haßausbrüchen und tätlichen Ausschreitungen gekommen war, konnte Oberamtmann Bürger die Ruhe nur mühsam wiederherstellen, indem er mit der Einquartierung von Militär drohte⁵².

Volksbewaffnung war eines der Schlagworte jener Zeit. Schon Anfang März durch-eilte das Gerücht vom Anmarsch radikaler Banden aus Frankreich ganz Württemberg. Auch in Aalen erzeugte es Furcht und Schrecken. Das Lokalblatt rief zu den Waffen⁵³: „Ihr Deutschen, steht auf! Der Feind, der Erbfeind unseres Volkes, steht wieder vor den Toren. Was er auch verspricht, wie verführerische Worte von Freiheit und Glück er auch reden mag – traut nicht; er bringt nicht Freiheit, nicht Ruhm, nicht Glück, nicht Segen! Zwietracht will er säen und in der Unordnung ernten; von unserer Uneinigkeit will er Nutzen ziehen, auf unsere Kosten leben, . . . uns deutsches Land entreißen. Ihr Deutschen, denkt an die Geschichte vergangner Jahre! . . . Rüstet Euch! Vor allem seid einig! Vergeßt die inneren Zerwürfnisse! Legt beiseite die wilden Parteikämpfe! . . . Haltet jetzt zusammen, alle zu einem Zwecke: zur Erhaltung des Vaterlandes! . . . Steht auf, ihr Deutschen! Alle! Alle! Mann für Mann! Es gilt die Ehre, die Erhaltung des Vaterlandes; zeigen wir der Welt, was das deutsche Volk vermag für Sitte, Ordnung, Recht und Vaterland!“

Oberamtmann Bürger empfahl dem Innenministerium am 15. März dringend die Einrichtung einer Bürgerwehr⁵⁴. Sie solle „nicht freiwillig, sondern im Wege des Gesetzes oder der Verordnung hervorgerufen werden. Einen Befehl dazu halte ich für unumgänglich, denn es ist mit einer freiwilligen Bürgerwehr nichts auszurichten, weil jeder im Augenblick der Gefahr sagen kann, jetzt trete ich aus . . . Solange sich übrigens die Proletarier nicht zusammenrotten, befürchte ich keine bedeutenden Störungen der Ordnung, für diesen Fall aber sollte eine allgemeine Bürgerwehr . . . hervorgerufen werden . . . Es ist wahrhaftig nicht Ängstlichkeit um meine eigene Person, . . . aber eine einmal zum Ausbruch gekommene Unordnung kann ich mit den jetzt zur Hand liegenden Mitteln und bei der aufgeregten Stimmung nicht so schnell zu Boden schlagen.“ Ein neues Feindbild war erstanden: Der Oberamtmann befürchtete eine Rebellion des Proletariats. Ein Bericht der Kommission zur Errichtung der Bürgerwehr in Aalen zeigte die Gründe auf⁵⁵: „Eile sei insofern dringend geboten, als die hiesige Stadt östlich an das Ausland, nördlich auf eine Stunde Entfernung an den berüchtigten Pfannenstiel, westlich auf eine Viertelstunde an die mit Bettlern vollgepfropfte Parzelle Armenweiler, östlich an die berüchtigte Kolonie Flochberg, südöstlich an die gleichfalls berüchtigte Kolonie Burgberg und südwestlich an die blutarme, mit Gesindel aller Art bevölkerte Gemeinde Bartholomä grenze, auch in hiesiger Stadt und der nächsten Umgebung selbst, insbesondere in dem eine Viertelstunde entfernten herrschaftlichen Schmelzwerk Wasseralfingen eine Masse zum Teil unbeschäftigter, für republikanische und kommunistische Bestrebungen empfängliche fremde Arbeiter sich aufhalten.“

Der 24./25. März brachte helle Aufregung in den Bezirk. Neue Gerüchte über den Einmarsch der Franzosen über den Rhein lösten eine panikartige Stimmung aus. Diese Furcht bewog die Aalener, schon vor der Verkündung eines Gesetzes zur Bewaffnung des Volkes eine freiwillige, vorläufige Bürgerwehr zu gründen. Alle waffenfähigen Männer über 18 Jahren wurden zu einer Versammlung am 25. März im Gasthaus zum „Bären“ eingeladen⁵⁶. Da die Mehrzahl der Männer dem Aufruf folgte, konnte die Bürgerwehr aufgestellt werden; die Zahl der Wehrfähigen bezifferte man auf 430⁵⁷. Es wurde bemerkt, „daß es den Wehrmännern an Begeisterung für die Volksbewaffnung durchaus nicht fehle und solche stets bereit seien, für die Ruhe der Stadt und für das Eigentum ihrer Bewohner Gut und Blut einzusetzen“.

Das größte Problem der jungen Wehr war die Beschaffung von Waffen. Oberamtmann Bürger war der erste, der eine Sense gerade machen ließ und sie den Männern als Muster vorzeigte. Auch Dreschflügel empfahl er als eine vortreffliche Waffe; er sagte, der Dreschflügel gehe auf jeden Hieb los⁵⁸. Alte ausgediente Waffen suchte man wieder gebrauchsfähig zu machen; die Forstämter sollten die bei Wilderern konfiszierten Gewehre herausgeben⁵⁹. „Alles schreit nach Waffen“; doch es fehlte überall an Gewehren. Der größte Teil der Wehrmänner bestand „aus armen, zum Teil aus blutarmen Handwerkern und Fabrikarbeitern, welche mit ihrem Unterhalt auf das angewiesen seien, was sie täglich verdienen oder . . . von der Hand in den Mund leben“. Solche Leute konnten sich kein Gewehr anschaffen; daher beschloß der Gemeinderat, das Kriegsministerium in Stuttgart um Abgabe von 300 Musketen aus dem Königlichen Arsenal zu bitten⁶⁰. Die Bekleidung der Bürgerwehr bestand aus knielangem Überrock von russischgrünem Wolltuch, Stehkragen von grünem Samt, schwarzer Halsbinde oder Krawatte, Hose von hechtgrauem Wolltuch und einem grauen Schlapphut⁶¹. Später beabsichtigten noch mehrere junge Leute ab 17 Jahren, ein Freikorps aufzustellen, das mit Sensen bewaffnet war. Der Magistrat hatte nichts dagegen einzuwenden; das Freikorps sollte nur nicht selbständig agieren, sondern sich an den Übungen der Bürgerwehr beteiligen⁶². Die Freischärler trugen als Uniform graue Drilchjacken, ebensolche Hosen mit Gürtel, dazu einen sogenannten „Heckerhut“, benannt nach dem volkstümlichen badischen Revolutionär Friedrich Hecker. Den Hut schmückte eine stolze Hahnenfeder. „Kein Gockel hatte damals mehr einen Schwanz“, so berichtete ein Zeitgenosse⁶³.

Am 26. März fand eine große Volksversammlung in Göppingen statt. Diese Versammlung bildete einen Höhepunkt der revolutionären Bewegung im Frühjahr 1848. Sie war die erste Massenkundgebung in Württemberg unter freiem Himmel seit der Gewährung der Versammlungsfreiheit. Sie fand statt, als Nachrichten über die Volksaufstände und Barrikadenkämpfe in Berlin bekannt wurden. Aus der näheren und weiteren Umgebung strömten die Menschen vor das Göppinger Rathaus, um dort ein Bekenntnis zum einigen deutschen Vaterland abzulegen. Auch aus Aalen war eine Abordnung erschienen⁶⁴. Die Redner erachteten die Gründung vaterländischer Vereine

als wichtige Aufgabe; denn diese Vereine sollten künftig die Entscheidungen in Fragen des Volkswohles beeinflussen. Ebenso forderte man eine wirksame Volksbewaffnung, um die neuerworbenen Rechte gegen jeden Feind zu verteidigen.

Den größten Beifall erhielt Dr. Johannes Scherr, der spätere Landtagsabgeordnete des Oberamts Geislingen. Er stammte aus Rechberg-Hinterweiler und gehörte den radikalen Demokraten an. Leidenschaftlich beschwor er das Ziel aller Deutschen⁶⁵: „Das teure Symbol der Einheit Deutschlands, das von der Gewalt so lange geächtet gewesen, von den Vaterlandsfreunden aber im stillen heilig gehaltene schwarz-rot-goldene Panier hat sich binnen weniger Tage triumphierend entfaltet von den Alpen bis zum Belt, vom Rhein bis zu den Karpaten. Das freie Deutschland wird fortan in der Geschichte leben. Frei, gesittet und geordnet im Innern, wird es nach außen furchtbar und gewaltig sein, ein Bundesgenosse aller Unterdrückten, ein Schrecken aller Tyrannen. Alle Stammesgenossen, so weit die deutsche Zunge klingt, werden sich wiederfinden und zusammen wohnen als Glieder der großen deutschen Familie. Wenn alle Fesseln unserer staatlichen und gesellschaftlichen, unserer industriellen und kommerziellen Entwicklung gefallen sind, wird das Ausland mit Erstaunen sehen, welche Fülle von Kraft, Mut und Tüchtigkeit uns zu Gebote steht. Wann wir eingetreten mit selbständigem Siegerschritt in den Kreis der regenerierten Völker Europas, wann unsere Flagge geachtet und geehrt die Meere durchstreicht, wann Friede, Freiheit, Gerechtigkeit, Bildung und Wohlstand unter uns wohnen, wann jeder, auch der Geringste, sich fühlt als berechtigtes und geltendes Glied des großen Ganzen, dann wird das deutsche Vaterland kein leerer Schall mehr sein.“ Scherr sprach auf der Versammlung von Metternich als dem „Fürsten der Finsternis, der seit 30 Jahren das Völkerleben Europas vergiftet und das Unkraut des Argwohns und Verrats in die Saat der Freiheit gestreut hat, wo immer sie aufgehen wollte“. Die Versammelten stimmten Scherr zu, daß Österreich ebenso zu einem einigen Deutschland gehöre wie Preußen.

Die Göppinger Versammlung schloß mit einem Gedicht von Ludwig Pfau, das den Titel „Lied von einem deutschen König“ trug und das die Tausenden von Anwesenden mit entblößtem Haupte anhörten⁶⁶:

„Vor dem Berliner Schlosse ertönt ein Trauerlied. Da liegen viel hundert Tote, sie liegen in Reih und Glied. Und mehr und mehr tragen die Bürger stumm heran, als wollten sie sagen: König, da sieh, was du getan!“

Diese pathetischen Worte, die auch „Der Bote von Aalen“ abdruckte⁶⁷, beschworen das Mitgefühl für die bei den Berliner Straßenkämpfen am 18. März Gefallenen. Die ganze Abneigung des Volkes traf den preußischen König, der noch vor einem Jahr erklärt hatte, keine Macht der Erde werde ihn bewegen, dem Volke Rechte zu garantieren, Volksrepräsentanten zuzulassen und konstitutionell zu sein. Gerade dieser König, der noch am Morgen des 18. März versichert hatte, er werde lieber sterben, als nur im geringsten nachzugeben, versprach jetzt, an der Spitze der Bewegung zu stehen und der konstitutionellste König zu sein.

Im Frühjahr 1848 hatte sich innerhalb der Opposition des Landes eine Spaltung vollzogen, nachdem die Forderungen nach Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, für die bisher gemeinsam gekämpft worden war, erfüllt waren. Die konstitutionellen Liberalen unter der Führung von Friedrich Römer erstrebten eine konstitutionelle Monarchie und organisierten sich in den „Vaterländischen Vereinen“. Von ihnen trennten sich die radikalen Demokraten, welche die Republik zum Ziel hatten und sich in den „Volksvereinen“ sammelten⁶⁸.

In Aalen hatte es vor 1848, ebensowenig wie in anderen Kleinstädten, keine politischen Vereine gegeben. Dies änderte sich, als „alle Bürger und Einwohner . . ., welche ein lebendigeres Interesse für öffentliche Angelegenheiten haben“ am 15. März 1848 zu einer Zusammenkunft in das Gasthaus zum „Dreikönig“ eingeladen wurden⁶⁹. Zwei Tage später fand abermals eine Versammlung statt⁷⁰, bei der es zur Gründung eines Bürgervereins kam. Den Vorsitz übernahm Diakon Hermann Bauer. Vermutlich war auch er der Verfasser eines Artikels im „Boten von Aalen“, der eingehend mit den Vereinszielen bekannt machte⁷¹: „Warum gründet man Bürgervereine? . . . Woher soll . . . die rechte, nachhaltige Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten kommen? Woher die rechte Einsicht und Befähigung? . . . Solche Dinge kommen nicht im Schlafe, über Nacht . . . Die Befähigung fürs bürgerliche Leben will gelernt sein. Und nun, zu diesem Zwecke eben wollen die Bürgervereine mithelfen. Was ist nun ein Bürgerverein? Eine Gesellschaft, welche regelmäßige Zusammenkünfte hält, bei welchen (nach und nach) nach allen Seiten hin besprochen werden soll, was irgend für einen deutschen Staatsbürger zu wissen gut und nützlich ist, damit er so die rechte Einsicht gewinnt über seine Stellung und Bedeutung in der bürgerlichen Gesellschaft.“ Aus dem Programm des Vereins ging klar hervor, daß seine Gründer keineswegs republikanisch gesinnt waren. Sie wollten keine Revolution, sie erstrebten im Zusammenwirken mit den Fürsten die Reform; die Stimme des Volkes sollte in Zukunft gehört werden. Das Anliegen von Diakon Bauer war deshalb, die Männer der Stadt zu mündigen Bürgern zu erziehen. „Nicht bloße Schreier braucht man, sondern kluge, sachverständige und dabei ruhige Männer, die auch aussprechen können, was sie wissen und wollen in verständiger Rede und Gegenrede“⁷². Zu diesem Zweck schlug er vor, eine Sammlung von Büchern anzulegen, damit sich jeder informieren könne. Die Zusammenkünfte des Bürgervereins sollten wöchentlich, zunächst Montag abends, in einem Gasthaus stattfinden, das monatlich gewechselt wurde. Ausgehend von einer Vorlesung oder einem Vortrag sollte jedesmal eine Besprechung des Themas folgen, der sich Übungen im Aufsatz und in der freien Rede anschlossen; auch die gesellige Unterhaltung durfte nicht zu kurz kommen⁷³. Von diesen Angeboten machte stets eine stattliche Zahl, meist jüngerer Bürger regen Gebrauch⁷⁴.

Diakon Hermann Bauer engagierte sich in diesen unruhigen Wochen lebhaft für die

nationalen und liberalen Ideen und wurde mehr und mehr die Seele der freisinnig-bürgerlichen Bewegung in der Stadt. Seine Reden „waren stets von jenem heiligen Feuer eines gerechten Zornes durchglüht, das nur in einem warmen, für die Freiheit begeisterten Herzen entspringen kann“. Wenn er über die lästigen Abgaben aller Art, über Fronen, Zehnten, Gefälle, Gülten und dergleichen sprach, wurde jedem Zuhörer das geflügelte Wort wohl begreiflich: „Wo Adam hackte, Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“ Als Bauer einmal über die Willkürherrschaft mancher Fürsten losdonnerte, ließ er sich im Eifer zu dem Ausspruch hinreißen: „Wenn die Fürsten jetzt noch nicht sehen wollen, so muß man ihnen mit den Bajonetten den Staren stechen!“⁷⁵ Jeder täuschte sich allerdings, wollte man Bauer wegen solcher Reden einen Republikaner nennen. Er bezeichnete sich selbst als einen Anhänger der konstitutionellen Monarchie, weil er die Hoffnung hegte, daß in dieser Form der Wille des Volkes am sichersten sich Geltung verschaffe. Für Hermann Bauer schien sich damals der alte Traum der Burschschafter von einem geeinten deutschen Vaterland unter einer freiheitlichen Regierung zu erfüllen. Im Gegensatz zu ihm mischte sich sein Vorgesetzter, Dekan Julius Hartmann, nicht in die Politik ein. Als allerdings das Ansinnen an ihn gestellt wurde, die Fürbitte für den König im Kirchengebet wegzulassen, gab er tatsächlich einige Male nach, weil er einen Tumult in der Kirche befürchtete⁷⁶.

Wenn auch der Großteil der Stadtbevölkerung eine durchaus gemäßigt liberale Haltung erkennen ließ, blieb es dem aufmerksamen Beobachter doch nicht verborgen, daß sich auch in den bürgerlichen Kreisen Aalens ein Häuflein Republikaner der röttesten Farbe gebildet hat. Ihr Kopf war Buchdrucker Friedrich Jakob Münch, „der rote Münch“, wie der Herausgeber des „Boten von Aalen“ im Volksmund genannt wurde. Zu seinen Anhängern zählten Kaufmann Jakob Krauß und Dreikönigswirt Philipp Böhringer. Vor allem aber votierte Oberamtswundarzt Dr. Christlieb für die Demokratie. Während andere politische Redner nicht recht herausrückten, was sie an die Stelle des bisher Bestehenden setzen wollten, wußte er es genau: eine Republik. Er verstand es vortrefflich, durch seine Reden die Zuhörer zu begeistern. Persönlich „ein stattlicher, schöner Mann“, besaß er eine außerordentliche Rednergabe. Sein Erfolg bei den Versammlungen war auch deshalb stets durchschlagend, weil von den Nichtrepublikanern niemand den Mut hatte, ihm öffentlich zu widersprechen. Um die Begeisterung im Fluß zu halten, wurden auch auswärtige Redner geholt. So verstand es der hochgebildete Kaplan Pfahler aus Ellwangen, „ausgerüstet mit einer herrlichen Stimme“, auf interessante Weise, ruhig, ohne leidenschaftlich zu werden, seine Zuhörer für eine Republik einzunehmen. Welche Unterschiede in den politischen Standpunkten! Ein „unparteiischer“ Zuhörer hatte den Eindruck, als ob Diakon Bauer die zu erringende Freiheit bloß pachten, Kaplan Pfahler aber sie als dauerndes, unveräußerliches Recht in festen Besitz erwerben wollte⁷⁷.

Neben den vielen studierten Rednern, die sich in diesen Wochen in Stadt und Land lautstark Gehör verschafften, kamen die einfachen bürgerlichen Freiheitsmänner

nicht recht zu Wort. Viele begnügten sich damit, hinter den Biergläsern ihren Patriotismus loszulassen und mit derben Faustschlägen auf den Tisch ihren Worten Kraft und Nachdruck zu verleihen. Anders verhielt sich der Metzger Johann Andreas Brucker, genannt „der alte Charlotter“. Er machte seinem Tatendrang dadurch Luft, daß er auf eigene Faust an einem Sonntagnachmittag auf dem Galgenberg unter die schönen Linden der Bierkeller zum „Ochsen“, zum „Rad“ und zum „Rößle“ eine Volksversammlung einberief. Seine Freunde sagten sich: Heute wird sich unser Charlotter selbst übertreffen. Und es war auch so. Er wartete mit dem Beginn seiner Rede, bis Krethi und Plethi beisammen waren. Dann nahm er die für sich in Reserve gestellte Leiter, bestieg mit derselben einen Baum und begann mit den Worten: „Hochansehnliche Versammlung! Ich bin ein zweiter Christus; ich halte an Sie eine Bergpredigt, und wie unser lieber Kinderfreund Christus immer und überall, wo man liest in den heiligen Schriften, unter seinem Publikum stets mehr Frauen als Männer hatte, und wie ich sehe, auch die heutige Versammlung von zahllosen Frauen und Jungfrauen besucht ist, so wende ich mich hauptsächlich an Euch, Ihr Frauen und Jungfrauen: Rüttelt den Freiheitsgeist in den Herzen Eurer Söhne und Eurer Männer tüchtig durcheinander, daß in der offenen Feldschlacht mit Blut besiegelt wird, was man für die Freiheit hinter den Biergläsern zu leisten versprochen hat.“ In diesem Sinne wurde die Rede weitergeführt, gespickt mit vielen Wiederholungen, bis er sich endlich mit Pathos wieder an die Damenwelt wandte mit den Worten: „Ihr Frauen und Jungfrauen Aalens und Umgebung, schickt Eure Männer fort, fort, fort in den Krieg!“ Hierauf entstand ein allgemeines Hallo. Dann kletterte er wieder auf der Leiter rückwärts herunter, um den Dank der Versammelten durch Händedruck entgegenzunehmen. Abschließend entschuldigte er sich, daß er seine Rede abbrechen mußte. Er hätte noch vieles auf dem Herzen gehabt, aber seine Füße haben ihn auf den Ästen zu sehr geschmerzt⁷⁸. Mögen hier auch ernste Inhalte eine durchaus anekdotische Form gefunden haben: „Der Sturm ist in die Zeit gefahren“ (Ludwig Uhland). Zu den nationalen und freiheitlichen Forderungen gesellten sich herbe soziale Anklagen, so im Vaterunser der Wasseralfinger Hüttenarbeiter⁷⁹: „Unser Obermeister, der Du bist auf dem hiesigen Hüttenwerke, der Unterdrücker Deiner Arbeiter. Entehrt werde Dein durch despotische Tyrannei bisher ruhmvoll erhaltener Name. Suche Dein Reich in einem andern Teile der Welt zu gründen, nicht hier in unsern friedlichen Fluren. Dein barbarischer Wille geschehe von jetzt an in der Gießerei so wenig mehr wie in den Aalener Bürgerversammlungen. Gib uns unser tägliches Brot wieder, welches Du uns schon eine Reihe von Jahren durch Deine furchtbare Menschenquälerei verkleinert hast. Vergib denen, die sich einmal gegen Dich verfehlt haben mögen, ihre Schuld, daß auch wir die durch Dich uns zugefügten Beleidigungen vergeben können. Versuche uns nicht, ob wir wohl diese Mißhandlungen noch länger ertragen werden, sondern stirb und erlöse uns somit von unserm größten Übel. Dann magst Du unsertwegen im Jenseits Deine Kraft, Macht und Herrlichkeit bis in Ewigkeit zeigen. Amen.“ Diese in die Form eines

Gebetes gekleideten Vorwürfe, veröffentlicht im „Boten von Aalen“, waren nicht nur eine deutliche Sprache, sondern verrieten für die damalige Zeit äußerst radikales politisches Gedankengut.

Mitten in diese Zeit der politischen Auseinandersetzungen fiel die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, die der Deutsche Bundestag auf Ende April angeordnet hatte und von der eine Lösung der deutschen Einigungsfrage erwartet wurde. Vom Vorparlament in Frankfurt war das Wahlgesetz ausgearbeitet worden, welches geheime, gleiche und allgemeine Wahlen vorsah. Damit war der Weg einer gesetzmäßigen Entwicklung beschritten. Allerdings wurde wieder indirekt gewählt, d. h. zunächst wählte man Wahlmänner, aus deren Entscheidung der Abgeordnete hervorging. Auf 50000 Einwohner des Landes sollte je ein Abgeordneter kommen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung kannte man noch keine Parteien. Die einzelne Person galt und wurde gewählt. Die Oberämter Aalen und Heidenheim bildeten zusammen mit einigen Orten des Oberamts Schwäbisch Gmünd⁸⁰ einen einheitlichen Wahlbezirk⁸¹. Als es zur Aufstellung eines Kandidaten ging, zeigte sich, daß die Bevölkerung überwiegend „konstitutionell“ eingestellt war, d. h. die Mehrheit konnte sich ein Staatswesen ohne einen Monarchen an der Spitze nicht vorstellen; der Einfluß der republikanisch Gesinnten war somit gering. Diakon Bauer hatte häufig in Volks- und Wahlversammlungen seine Stimme zu den drängenden Fragen der Politik erhoben. Als gewandter, allzeit schlagfertiger Redner hatte er die Herzen seiner Zuhörer so sehr für sich gewonnen, daß es ganz in seiner Hand lag, von Aalen aus in die Frankfurter Nationalversammlung abgeordnet zu werden. Bescheiden wehrte er ab, er gehöre nicht unter die 28 Besten des Landes, die gewählt werden sollten. Dennoch konnte er nicht verhindern, daß er zum Stellvertreter des Kandidaten gewählt wurde⁸². Als Erstkandidat ließ sich Steuerrat Moritz Mohl aus Stuttgart bestimmen. In einem Zeitungsartikel legte er ausführlich seine Ziele dar⁸³; bei einer Wahlversammlung, die unter freiem Himmel auf dem alten Turnplatz stattfand und die Helfer Bauer eröffnete, stellte sich Mohl persönlich vor. Seine Rede soll er begonnen haben: „Meine Herren! Ich bin kein Republikaner, aber ich meine es gut mit dem Volke.“ Der „über die Maßen höfliche Herr“ gewann die Sympathien der Wähler. Genau so hatten sie sich ihren Abgeordneten vorgestellt: Am Fortschritt interessiert, aber nicht zu radikal; die Rechte der Fürsten zu beschneiden, aber nicht am Sturz ihrer Throne mitzuhelfen. Die Republikaner brachten keinen eigenen Kandidaten, wohl aber die Sekte der Deutschkatholiken in der Person des Generalleutnants von Bangold. Aus den Wahlen ging Moritz Mohl als glänzender Sieger hervor⁸⁴.

Resigniert bekundeten einige enttäuschte Wähler, die Republik sei nun „aufs feierlichste zur Erde bestattet“ und Diakon Bauer habe die Leichenrede gehalten⁸⁵. Bei seinen regelmäßigen Bürgerabenden, die Hermann Bauer meist im Gasthaus zum „Bären“ veranstaltete, betrieb er unbeirrt seine politische Schulung. Dabei bekämpfte er stets aufkommende republikanische und sozialistische Ideen. „Sein“ Bürgerverein sollte

sich die politische Bildung der Mitglieder auf konstitutionell-nationaler Basis zum Ziel setzen. Doch die Mehrheit innerhalb des Vereins wandte sich zunehmend einem republikanischen Kurs zu, versuchte mehrfach demokratische Beschlüsse zu fassen und nannte sich schließlich „Volksverein“. Daraufhin legte Diakon Bauer seinen Vorsitz nieder⁸⁶. Überhaupt verschärfte sich die politische Stimmung in der Stadt. Die Münchsche Buchdruckerei bot die „Marsailaise“, sodann revolutionäre Bilderbögen, die „Glorie Heckers“ und das „Guckkastenlied vom großen Hecker“ feil⁸⁷. Im Gasthaus zum „Ritter“ sangen die Revolutionäre, darunter der rote Münch, der Baukerleswanger und der Trumpfajakob (Kaufmann Krauß am Marktplatz), freiheitliche Lieder und krakeelten dabei so laut, daß es nebenan in der Ritterschule unmöglich war, Unterricht zu erteilen; die Kinder mußten häufig heimgeschickt werden⁸⁸.

Im Laufe der Tagung der Nationalversammlung entwickelten sich aus den Reihen der Abgeordneten lose Gruppen. Die „Rechte“ hielt an der Idee eines über den Einzelstaaten stehenden Kaiserreiches fest. Die „Linke“ hatte ein klares demokratisches Programm: Sie trat für uneingeschränkte Volkssouveränität und allgemeines Wahlrecht ein; außerdem forderte sie die Republik. Das „Zentrum“ erstrebte eine konstitutionelle Einheitsmonarchie für ganz Deutschland.

Von den 586 Abgeordneten der Nationalversammlung wählte Württemberg 28, vor allem solche, die sich als oppositionelle Mitglieder des Landtags einen Namen gemacht hatten, neben Friedrich Römer etwa Männer wie Ludwig Uhland und Paul Pfizer. Die Mehrzahl der württembergischen Abgeordneten schloß sich in der Paulskirche zu Frankfurt der politischen Linken an. An die Spitze der provisorischen Zentralgewalt wurde als Reichsverweser der bürgerlich verheiratete Erzherzog Johann von Österreich gewählt und von den Regierungen anerkannt⁸⁹. Die Arbeit in der Nationalversammlung wurde von Anfang an von der Bevölkerung mit starkem Interesse verfolgt. Die Presse machte sich Gedanken über die Zusammensetzung des Parlaments und äußerte ebenso Mißtrauen gegenüber den Abgeordneten geistlichen Standes wie sie Bedenken geltend machte darüber, daß ein großer Teil der Mitglieder aus der alten Metternichschen Schule stammte⁹⁰.

Die Verfassungsarbeit begann mit der ausführlichen Beratung der Grundrechte, deren Aufnahme in die Verfassung eine Wiederkehr des Polizeistaates verhindern sollte. Württemberg erkannte sie im Januar 1849 als erster Einzelstaat an. „Der Bote von Aalen“ verkündete und kommentierte die Grundrechte am 19. Januar⁹¹; bei Buchdrucker Münch war ihr gedruckter Wortlaut um 2 Kreuzer zu haben⁹². Man erkannte, daß die Grundrechte einen großen Gewinn für Freiheit und Gleichheit bedeuteten und die bestehenden Zustände tiefgreifend zu verändern vermochten.

Während die Verfassungsberatungen in Frankfurt schleppend vorangingen, flaute die ursprüngliche Begeisterung, ein einiges deutsches Vaterland zu schaffen, langsam ab. Die Aufmerksamkeit des Volkes galt wieder vorwiegend lokalen Dingen, wie Bürgerwehr oder Vereinsversammlungen. War auch die Erklärung der Grundrechte wachen

Sinnes aufgenommen worden, so kamen doch Zweifel am Zustandekommen eines geeinten Deutschlands auf. Der Demokrat Johannes Scherr sprach im Dezember 1848 vor der Kammer davon, daß „eine Reform durch das Haupt der Nation mißglückt“ sei⁹³. Im Februar 1849 las man im „Boten von Aalen“, in Frankfurt sei alles „still und untätig. Es wird bei verschlossenen Gardinen gearbeitet. Die Sache des deutschen Volkes ist nicht mehr in den Händen der Nationalversammlung, der vom Volke gewählten Vertreter, sie ist listigerweise in die Hände der Diplomaten, . . . der hohen Herren gespielt worden.“ Die Sitzungen der Nationalversammlung seien „Schwatzstunden“, sie selbst ein „Redeübungsverein“⁹⁴. Hinter dieser Auffassung stand vor allem der demokratisch gesinnte Teil der Bevölkerung, der ein konkretes Ergebnis der Erhebung von 1848 sehen wollte. Der Volksverein in Aalen blickte in einem Aufruf „mit tiefer Trauer und Betrübniß“ auf die Nationalversammlung, „welche in ihrer Mehrheit den gerechten Erwartungen des Volkes durchaus nicht entsprochen hat. Engherzigkeit und Kleinmut eines großen Teils, dann aber auch wirkliche Falschheit und Bosheit haben es immer verhindert, daß die edlen und anstrengenden Bestrebungen einer achtungswerten Minderheit . . . zur Tat wurden.“ Es sei allbekannte Tatsache, daß „eine aristokratisch-bürokratische, pietistisch-jesuitische Reaktionspartei, offen und geheim äußerst tätig ist, um auch die wenigen Errungenschaften der Neuzeit wieder zu vernichten, gar zu gerne möchte diese Partei . . . womöglich den vormärzlichen Zustand wieder zurückführen“⁹⁵. Getadelt wurde die politische Haltung der Nationalversammlung, die ein ausgesprochenes Honoratiorenparlament des akademischen Bürgertums und kein Spiegelbild der sozialen Gliederung der Nation war. Als die Feinde auf dem Wege zur deutschen Einigung wurden der Regierungspartikularismus, der Adel und die Priesterschaft gesehen. Nicht umsonst hatte der Aalener Abgeordnete Moritz Mohl schon im Mai 1848 die „Aufhebung des Adels, seiner Titel und Vorrechte“ gefordert; er sah einen großen Vorteil, „wenn es keine Kaste mehr gebe, zu deren Vorrechten das Hofwesen gehört, welche den Thron umgibt und deren Staatsinteresse die Erhaltung der künstlichen Scheidewände zwischen Fürst und Volk entspricht“⁹⁶. Die Bevölkerung fürchtete einen Neubeginn der Reaktion durch die Fürsten. Vor allem die Volksvereine warnten davor, daß die Souveränität des Volkes nicht zum Märchen werde⁹⁷: „Volk, das Jahrhunderte gelitten unter dem Drucke der vielseitigen Aristokratie, du bist des Mitleids nicht wert, du mußt deinen Feind kennen, du mußt wissen, daß die Aristokratie sich allein zur Freiheit berechtigt glaubt und sonst niemanden, . . . daß dich die Aristokratie nur für ihr nützlichstes Vieh im Lande hält, . . . und darum mußt du kraftvoll, energisch und mit stark durchgreifendem Willen auftreten und deine Revolution zu Ende führen, um nach vollbrachtem Kampfe getrost und sicher die Waffen ablegen und zu . . . deinem Gewerbe zurückkehren und den Segen deiner Arbeit in Frieden genießen zu können und der Freiheit froh zu sein. – Von alledem hast du aber so viel als gar nichts beobachtet“⁹⁸. Enttäuschung hatte sich auch in Aalen verbreitet. Die Aufrufe des Volksvereins fanden

wenig Widerhall; selbst das sonst so revolutionäre Lokalblatt wurde zahm, brachte weniger zündende politische Berichte und führte sentimentale Fortsetzungsromane ein. Ja, die Revolution wurde den Aalenern zum Lustspiel, das junge Leute an der Fastnacht 1849 auf dem Marktplatz aufführten. Sie wiederholten kleinmaßstäblich die Barrikadenkämpfe von Berlin und führten am Ende den preußischen König auf einem Schubkarren durch die ganze Stadt. So klagte eine junge Mannschaft ihr Leid über den Sieg der Reaktion!⁹⁹

Über die zukünftige Staatsform des geeinten Deutschlands herrschten die vielfältigsten Vorstellungen. Die Mehrheit der Bürger sah eine Lösung des Einigungsproblems in einem Bundesstaat nach amerikanischem Vorbild mit einem Monarchen an der Spitze. Auf der Generalversammlung der württembergischen Volksvereine in Ulm am 24. Februar 1849 beriet man u. a. über das zukünftige Reichsoberhaupt. Johannes Scherr befürwortete einen von der Nationalversammlung wählbaren Reichsstatthalter, dessen Amtszeit 5 bis 6 Jahre umfassen sollte. Andere Demokraten glaubten, nur durch eine weitere Revolution komme man zu einem Präsidenten¹⁰⁰.

In Aalen regte sich das politische Interesse wieder, als im März 1849 die Abstimmung über das Erbkaisertum bekannt wurde, das mit schwacher Mehrheit „unter Jubel und Zischen“ mit 267 gegen 263, also einer Mehrheit von nur 4 Stimmen, zustande kam. Am 28. März wurde König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen mit 290 Stimmen bei 248 Enthaltungen zum Kaiser gewählt. Zweifellos erinnerten sich die meisten an die Märzereignisse von 1848 in Berlin, als man sehr gering über den preußischen König dachte, der nun die Führung des Reiches übernehmen sollte¹⁰¹.

Unruhe entstand, als der württembergische König sich weigerte, die neue Reichsverfassung anzuerkennen. Überall fanden Versammlungen statt, welche die Bevölkerung aufriefen, treu zur Nationalversammlung zu stehen. In Aalen fand am 25. April eine Volksversammlung statt, die auch von den Landbewohnern stark besucht wurde; etwa 2000 Männer füllten die Stadtkirche und den Vorplatz. Oberamtmann Bürger leitete die Versammlung, in deren Verlauf sich mehrere Bürger zu Wort meldeten und eine erstaunliche Einmütigkeit zum Ausdruck kam¹⁰². Mechanikus Umgelter empörte sich über die Haltung der Fürsten und forderte die Bevölkerung auf, sich nicht „durch nichtssagende Aufrufe und gefährliche Klauseln den Mund stopfen lassen wie Kinder mit einem Schlotzer“, sondern den Fehdehandschuh aufzunehmen, den der König dem Volke hingeworfen habe. Diakon Bauer wandte sich vor allem an die Landbevölkerung, die bisher wenig Lust gezeigt habe, sich am politischen Leben zu beteiligen. Es sei nicht nur der Stadtbürger Beruf, Politik zu treiben; „denn wo nicht das ganze Volk sich beteiligt, können die Anstrengungen der Städter nur eine Seifenblase der Freiheit schaffen“. Einig waren sich alle Anwesenden, daß die politischen Rechte und Freiheiten für jedermann von höchster Bedeutung seien. Gerade das Versammlungsrecht und die Pressefreiheit geben erst die Gelegenheit, das Volk politisch zu bilden und alle Übelstände ans Licht zu ziehen. Diese Rechte seien die Wächter, damit alle anderen

Erleichterungen von den alten Privilegierten nicht wieder dem Volke entzogen werden. Dazu hätten dieselben große Lust, man müsse sehr auf der Hut sein. Es gelte hier besonders: „Augen auf oder den Beutel auf!“ Die Kollegien des Gemeinderates und des Bürgerausschusses hatten eine Erklärung des Volksvereins aufgenommen und beschlossen, eine Note an den König zu senden¹⁰³.

Bei der Volksversammlung am 25. April in Aalen hatte man auf Antrag von Schlossermeister Seydelmann einen „patriotischen Verein“ gebildet, der den ganzen Bezirk umfassen sollte. Dieser „Bezirks-Volks-Vereins-Ausschuß“ war eine Neuauflage des Volksvereins Aalen, der wegen seiner Linksorientierung ins Abseits geraten war. Diakon Bauer hatte sich sofort an die Spitze dieses neuen Ausschusses gestellt, trat aber zurück, als sich die Mehrheit für einen Anschluß an den Landesausschuß der Volksvereine aussprach. Daraufhin übernahm der leutselige katholische Pfarrer Desaller aus Oberkochen den Vorsitz¹⁰⁴.

Als König Wilhelm I. am 25. April schließlich die neue Verfassung anerkannt hatte, schrieb „Der Bote von Aalen“¹⁰⁵: „Der König hat die Reichsverfassung unbedingt angenommen . . . Ein glorreicher Tag! Wir haben gesiegt; das Volk ist souverän!“ Damit hatte sich der württembergische König als einziger der größeren Fürsten dem Druck des Volkes gefügt und ersparte seinem Lande damit den Aufstand, der in anderen deutschen Ländern ausbrach, um die Anerkennung der Verfassung durchzusetzen. Schwierig wurde die Lage, als die Abordnung der Nationalversammlung dem preussischen König die Kaiserkrone anbot, dieser jedoch auf die notwendige Zustimmung der anderen deutschen Fürsten verwies und damit die neue Würde ablehnte. Gleichzeitig verwarf er die neue Reichsverfassung. Diese Ablehnung wurde im Verlaufe der nationalstaatlichen Revolution von 1848/49 das entscheidende Moment ihres Scheiterns. Die Reaktion nahm ihren Weg¹⁰⁶.

Sieg der Reaktion

Nachdem Preußen seine Abgeordneten aus der Nationalversammlung abberufen hatte und Gerüchte kursierten, daß Preußen entschlossen sei, den deutschen Staaten, welche die Reichsverfassung unbedingt anerkannten, den Krieg zu erklären, fand am 27. Mai 1849 in Reutlingen die sogenannte „Pfingstversammlung“ statt. Dieses Treffen war von den Volksvereinen zusammenberufen worden. Da die Regierung Unruhen befürchtete¹⁰⁷, versuchte sie, die Versammlung zu verbieten. Auch in Aalen wurden Plakate angeklebt, auf denen zu lesen war, daß die Reutlinger Versammlung verboten sei. Darüber geriet der Republikaner Münch so in Wut, daß er sie sofort abriß, was ihm eine Anzeige einbrachte¹⁰⁸. Die Versammlung fand indessen trotz des Verbotes statt. Johannes Scherr trat dort als einer der Hauptredner auf, und Pfarrer Desaller

aus Oberkochen reiste als Vertreter des Bezirks Aalen nach Reutlingen¹⁰⁹. Er unterschrieb die gefaßten Beschlüsse, die forderten,

1. ungesäumte Anerkennung und tatkräftige Durchführung des reichsgesetzlich bereits bestehenden Bündnisses mit allen Reichsländern;
2. unverzügliche Rückberufung der Truppen von der badischen Grenze und Verweigerung des Ein- und Durchmarsches von Truppen, die nicht auf die Reichsverfassung vereidigt waren, insbesondere Nichteinlassung von solchen Truppen in die Festung Ulm;
3. alsbaldige Bewaffnung des ganzen Volkes, um jeden Angriff der Reichsfeinde abzuwehren und jeden deutschen Bruderstamm gegen dieselben schützen zu können;
4. sofortige und feierliche Vereidigung des Heeres sowie aller weltlichen und geistlichen Beamten auf die Reichsverfassung;
5. Amnestie für alle politischen Angeschuldigten oder Gefangenen von Zivil und Militär;
6. unverzügliche Einberufung einer verfassungsgebenden Landesversammlung nach dem Reichswahlgesetz. Jeder Bürger, ob reich oder arm, sollte wählen dürfen (kein Zensus!)¹¹⁰.

Inzwischen aber war nach dem Auszug der preußischen und österreichischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung das Parlament völlig unter den Einfluß der demokratischen Linken geraten, welche die revolutionäre Erhebung für die Reichsverfassung proklamierten und die Rumpfversammlung am 30. Mai schließlich nach Stuttgart verlegten. Dort tagte sie im Juni als „Rumpfparlament“, setzte den Reichsverweser Erzherzog Johann ab und eine neue fünfköpfige provisorische Regentschaft ein. Als das Rumpfparlament immer radikalere Beschlüsse faßte, zur Steuerverweigerung und zur Erhebung gegen die Regierungen aufrief, wurde es am 19. Juni auf Befehl der württembergischen Regierung, an deren Spitze inzwischen Friedrich Römer stand, durch Militär gesprengt. Unruhen waren die Folge. Die „auf parlamentarischem Boden gescheiterte Revolution“ durchlief noch einmal ein Stadium des Bürgerkrieges: in der Pfalz, in Sachsen, vor allem in Baden, wo sich nach dem Übergang des Militärs auf die Seite der Aufständischen eine republikanische Regierung bildete¹¹¹.

Da zu befürchten war, daß in Württemberg ähnliche Volksaufstände inszeniert würden, griff die Regierung mit weiteren Gewaltmaßnahmen ein. Die Gefängnisse des Landes füllten sich. In Aalen waren zu diesem Zeitpunkt nur noch wenige politisch aktiv. Oberamtmann Bürger berichtete am 25. Juni über die „Verbreitung eines hochverräterischen Aufrufs“ durch den Buchdrucker Münch. Er soll einen Aufruf der badischen Revolutionäre „An das Volk in Württemberg“, in dem der Sturz der „volksverräterischen Regierung Römer“ und der Aufstand gefordert waren, gedruckt und an die Hauswände geklebt haben¹¹². Doch solche Aufrufe verhallten. Die Aufstände in der Pfalz und in Baden wurden von den zu Hilfe gerufenen preußischen Truppen niedergeschlagen, ohne daß sie auf Württemberg übergriffen. Als Römer das Rumpfpar-

lament auflösen ließ, sprach zwar eine Minderheit von einer „Freveltat“. Das Interesse der breiten Volksmasse verringerte sich jedoch schnell, und nur noch in einigen Gedichten war die Erbitterung über den Sieg der Reaktion zu spüren. Die Einwohner von Unterkochen hatten die Maßnahme des Ministers namens „aller gutgesinnten Württemberger“ sogar in einer Dankadresse anerkannt¹¹³.

Am 1. Juli verkündete der württembergische König das Gesetz über die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zur Beratung einer Revision der Verfassung von 1819. Die Wahlen waren auf den 1. August festgesetzt, und sogleich begann im Lande der Wahlkampf zwischen der „Herrenpartei“ und der „Umsturzpartei“¹¹⁴. Im Bezirk Aalen war als alleiniger Kandidat Moritz Mohl aufgestellt; er galt als „durchaus volkstümlich“. Ein großer Teil der Wählerschaft, vor allem in den Dörfern der Umgebung, warf ihm jedoch vor, er habe die „Umsturzbeschlüsse“ in Reutlingen und den „Krieg“ gegen das Ministerium Römer mitgetragen; man wußte nicht recht, „ob er dem republikanischen oder konstitutionell-monarchischen Prinzip dienen werde“¹¹⁵. Damit stand er auf dem Boden der „Volkspartei“; er selbst plädierte diplomatisch für einen „vernünftigen Fortschritt mit besonnener Kraft“¹¹⁶. Bei der Abstimmung hatten von 3696 Wahlmännern 1475 gewählt; davon erhielt Mohl 1448 Stimmen¹¹⁷. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung hatte sich der Wahl enthalten, teils aus politischer Lethargie, teils wegen der linksliberalen Position des Kandidaten. Moritz Mohl hatte seinen Abstimmungssieg vor allem den Männern des Volksvereins in Aalen und den größeren Talgemeinden zu danken. Der Landbevölkerung war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr viel kämpferische Begeisterung abzugewinnen. Den meisten Bürgern war ein ruhiges Leben lieber, das nach ihrer Ansicht in demokratischen Bewegungen nur gefährdet war. Der „Biedermeier“ wollte nun seine Ruhe.

Anders war die politische Zusammensetzung in der verfassungsrevidierenden Landesversammlung selbst, wo die gemäßigten Liberalen den Radikalen gegenüber in der Minderzahl waren. Das Ministerium Römer, das nun keinen parlamentarischen Rückhalt mehr hatte, mußte im Oktober 1849 um seinen Rücktritt bitten. Der Minister hatte dem König zuvor einen Verfassungsentwurf vorgelegt, den dieser jedoch nicht billigte. Wilhelm I. ersetzte nun das „Märzministerium“ durch ein Beamtenministerium, das „Oktoberministerium“, das vormärzliche Minister, u. a. Schlayer, umfaßte. Damit war für die Reaktion der Weg offen. Als nämlich der Verfassungsentwurf dieses Ministeriums von der linken Parlamentsmehrheit abgelehnt wurde, löste der König diese Landesversammlung auf. Einer zweiten Landesversammlung widerfuhr im Juli 1850 das gleiche Schicksal. Auch bei der dritten ausgeschriebenen Landesversammlung änderte sich an der Mehrheit der Linken nichts¹¹⁸.

Es war tragisch genug, daß selbst Politiker vom Range eines Friedrich Römer scheitern mußten. Man sagte ihm nun nach, er habe die Volksinteressen vernachlässigt, er „gehört derjenigen Partei an, welche den Völkern 20 Jahre lang die Revolution gepredigt, sie in die Revolution hineingehetzt und dieselben dann, nachdem sie darin waren, ver-

lassen hat“¹¹⁹. Hier wurde übersehen, daß man nicht Römer die Schuld am Scheitern der Revolution zuschieben konnte. Römer war ein Realpolitiker und betrieb in seiner Eigenschaft als Mitglied der württembergischen Regierung nach den damaligen Gegebenheiten die Politik als eine Kunst des Möglichen. Die demokratischen Volksredner hatten es dagegen bei der Verbreitung ihrer Ideen wesentlich einfacher. Doch war für eine Demokratie die Zeit noch nicht reif. Die Reaktion konnte sich letztlich deshalb behaupten, weil sich im Volke selbst ein Stimmungswandel vollzogen hatte, der sich von den revolutionären Kräften abgewandt hatte.

Schon bei den Wahlen zur zweiten und dritten verfassungsrevidierenden Landesversammlung 1850 standen herausragende Kandidaten der Demokraten nicht mehr zur Verfügung. Gegen Johannes Scherr war schon Anfang August 1849 ein Haftbefehl erlassen worden. Doch bevor ihn die Häscher erreichen konnten, war er in die Schweiz entflohen¹²⁰.

Auch die Tage der politischen Zusammenschlüsse waren bereits gezählt. Schon im April 1849 wollte König Wilhelm I. gegen Volks- und Arbeitervereine einschreiten; Minister Schlayer ließ sie polizeilich kontrollieren. Die noch wirksamen Grundrechte hinderten ein Verbot. Doch in den meisten Städten lösten sich die Volksvereine auf. Am 3. November 1849 hob der Aalener Gemeinderat das lange bestehende Ausgehverbot auf mit der Begründung, daß „keine Ruhestörungen mehr zu befürchten seien“¹²¹. Die Anfrage des Innenministeriums im Juli 1850, wie es um die politischen Vereine stehe, beantwortete der Oberamtmann¹²²: „Was den Volksverein Aalen anbelangt, so wäre es nach meiner Ansicht zu beklagen, wenn man ihn durch energische Maßnahmen in seinem offenbaren Ablebungsprozesse aufhalten wollte. Lasse man ihn im stillen vollends verschwinden, denn bei der großen Mehrzahl der Bürgerschaft hat er die Achtung gänzlich verloren.“ Im August 1850 enthielt der Stuttgarter „Beobachter“ eine energische Zurückweisung einer Schilderung des Ministeriums: „Als ob die Volksvereine wahre Mördergruben für Sittlichkeit, Religiosität, Gesetzlichkeit, Ordnung und jede Art von Volkswohl wären und kein Ehrenmann, niemand, dem des Volkes Wohl am Herzen liegt, Mitglied eines solchen Vereins sein und bleiben könne.“ Noch nach Jahren erinnerte man sich, wie sich der einzelne einst zu demokratischen Ideen gestellt hatte. Als es 1853 in Aalen darum ging, eine Agentur für Auswanderer einzurichten, bewarben sich etliche Bürger um die Konzession. Das Innenministerium machte diese vom jeweiligen politischen Verhalten abhängig; dem Gemeinderat stand dabei die Bewertung zu. Es gab drei Stufen: 1. „... daß er sich im Jahre 1848 der demokratischen Partei angeschlossen hat“; 2. „... daß er in politiceis weder auf der einen noch auf der andern Partei eine besondere Rolle gespielt hat“ und 3. „... daß er vermöge seiner konservativen Haltung für eine solche Funktion bestens empfohlen werden könne“¹²³.

Im November 1850 führte der Konflikt in der deutschen Frage zur erneuten Auflösung der Landesversammlung und 1851 zu Landtagswahlen nach dem Recht von 1819.

Der in alter Gestalt wiedereröffnete Deutsche Bundestag beschloß im August 1851 die Aufhebung der Grundrechte, der nun auch der Landtag zustimmte. Auch die Kammer der Standesherren, die sich während der Revolution aufgelöst hatte, trat wieder zusammen. Es genügte damit ein Zeitraum von vier Jahren, um die Verfassung von 1819 wiederherzustellen. Viele Errungenschaften der Revolution wurden wieder abgebaut, manche blieben aber auch für dauernd: die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, die Abschaffung der körperlichen Züchtigung, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Möglichkeit der Zivilehe, Geschworenen- und Schöffengerichte, der Abschluß der Bauernbefreiung und die Bildung moderner Parteien. Von demokratischer Freiheit konnte indessen keine Rede mehr sein. Auch die Frage, wie die deutsche Nation zur politischen Einheit gelangen sollte, blieb unbeantwortet. In der Aalener Presse wurden von nun an keine Artikel mehr veröffentlicht, die eine demokratische Gesinnung hätten zeigen können. Es war dem Blatt wichtiger, die unentbehrlichen amtlichen Bekanntmachungen nicht zu verlieren. Doch wurde die Pressefreiheit nie mehr ganz eingeschränkt. Am 1. Februar 1852 wurden die demokratischen Volksvereine verboten; da sich jedoch die Tätigkeit der politischen Vereine auf ein Minimum beschränkte, blühten die unpolitischen Vereine, wie Gesangsvereine, Turnvereine und Schützenvereine, auf und entwickelten ein um so regeres gesellschaftliches Leben. Die Bevölkerung war anfangs der 1850er Jahre froh, daß Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt waren und man wieder brav seiner Arbeit nachgehen durfte.

Anmerkungen:

- 1 Karl Weller/Arnold Weller, Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum, Stuttgart und Aalen 1971, S. 235 ff.;
Irmgard Bleif, Die Revolution von 1848/49 in der Stadt Aalen und der Landgemeinde Essingen, Zulassungsarbeit 1968/69 (maschinenschriftlich, im Stadtarchiv Aalen-StaA-);
Aalen im Jahr 1848/49, hg. vom Bezirksvolksverein Aalen, Aalen 1898;
Karlheinz Bauer, Geschichte der Stadt Geislingen an der Steige, Bd. 2, Geislingen o. J. (1975), S. 52–73
- 2 Staatsarchiv Ludwigsburg, F 151 Bü 231 Presse und Zensur
- 3 Wie Anm. 2
- 4 Der Bote vom Filsthale, Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Geislingen und dessen Umgegend, 1847 Nr. 14
- 5 Beschreibung des Oberamts Ulm, Bd. 1, Stuttgart 1897, S. 187;
D. A. Schultes, Chronik von Ulm, Ulm 1915, S. 454
- 6 StaA, GR 1847, S. 119, 121, 127, 145 b
- 7 Staatsarchiv Ludwigsburg, E 146/49 Bü 672
- 8 StaA, GR 1847, S. 57 b, 89 b;
Der Bote von Aalen, Oberamts- und Intelligenz-Blatt für die Stadt und den Bezirk Aalen, 1847 Nr.70
- 9 Wie Anm. 7
- 10 StaA, GR 1847, S. 145 b
- 11 Johann Gottfried Pahl, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Tübingen 1840, S. 3

- 12 Der Bote von Aalen, 1847 Nr. 37
- 13 Desgl., 1847 Nr. 66
- 14 Hermann Bauer, Geschichte und Beschreibung der ehemaligen freien Reichsstadt Aalen, Aalen 1852, S. 63
- 15 StaA, GR 1846, S. 164
- 16 StaA, GR 1847, S. 248 b
- 17 Gebhard Stützel, Erinnerungen aus der guten alten Zeit Aalens, Aalen 1909–1922, S. 58, 59
- 18 StaA, GR 1846, S. 365 b
- 19 StaA, GR 1848, S. 19 b
- 20 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 9, 10
- 21 StaA, GR 1848, S. 27 b
- 22 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 11
- 23 Desgl., 1848 Nr. 17
- 24 Desgl., 1848 Nr. 12
- 25 StaA, GR 1848, S. 48
- 26 Wie Anm. 1
- 27 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 19
- 28 Wie Anm. 27
- 29 Gemeint waren die Ereignisse in Frankreich
- 30 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 20
- 31 Desgl., 1848 Nr. 19
- 32 Desgl., 1848 Nr. 22
- 33 Wie Anm. 32
- 34 Wie Anm. 32
- 35 Bruno Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3, Stuttgart 1960, S. 126
- 36 Wie Anm. 1
- 37 StaA, GR 1848, S. 48 b, 51, 52 b, 53 b;
Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 20
- 38 Desgl., 1848 Nr. 21
- 39 StaA, GR 1848, S. 68;
Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 23
- 40 Desgl., 1848 Nr. 24
- 41 Aalen im Jahr 1848/49, a.a.O., S. 23
- 42 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 24
- 43 StaA, GR 1848, S. 78
- 44 Wie Anm. 42
- 45 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 32
- 46 Desgl., 1848 Nr. 34
- 47 StaA, GR 1848, S. 81
- 48 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 24
- 49 Die „Steinbreite“ war dort, wo später die Eisenbahn-Reparaturwerkstätte entstand
- 50 Aalen im Jahr 1848/49, a.a.O., S. 23;
StaA, GR 1848, S. 69 b, 74;
Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 26
- 51 Desgl., 1848 Nr. 21–27
- 52 Irmgard Bleif, a.a.O., S. 65 ff.
- 53 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 19
- 54 Staatsarchiv Ludwigsburg, a.a.O.
- 55 StaA, GR 1848, S. 89 b
- 56 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 24
- 57 Wie Anm. 55
- 58 Aalen im Jahr 1848/49, a.a.O., S. 23
- 59 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 27

- 60 Wie Anm. 55
- 61 Aalen im Jahr 1848/49, a.a.O., S. 34
- 62 StaA, GR 1848, S. 97
- 63 Aalen im Jahr 1848/49, a.a.O., S. 36
- 64 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 23
- 65 Der Bote vom Filsthale, a.a.O., 1848 Nr. 26
- 66 Karl Kirschmer, Die Geschichte der Stadt Göppingen, Bd. 2, Göppingen o. J., S. 64, 65
- 67 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 26
- 68 Wie Anm. 1
- 69 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 20
- 70 Desgl., 1848 Nr. 22
- 71 Desgl., 1848 Nr. 24
- 72 Wie Anm. 71
- 73 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 26
- 74 Aalen im Jahr 1848/49, a.a.O., S. 22
- 75 Desgl., S. 21, 22
- 76 Desgl., S. 22
- 77 Desgl., S. 24
- 78 Desgl., S. 25
- 79 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 25
- 80 Es waren die Gemeinden Bargau, Bartholomä, Göggingen, Heubach, Lautern, Leinzell, Mögglingen und Oberböbingen
- 81 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 31
- 82 Nekrolog auf Hermann Bauer, in: Württembergisch Franken, Bd. 9 (1872), S. 326, 327
- 83 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 31
- 84 Aalen im Jahr 1848/49, a.a.O., S. 24, 25, 28
- 85 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 33
- 86 Desgl., 1849 Nr. 13
- 87 Desgl., 1848 Nr. 36, 60
- 88 Gebhard Stützel, a.a.O., S. 45
- 89 Wie Anm. 1
- 90 Der Bote von Aalen, 1848 Nr. 40, 43
- 91 Desgl., 1849 Nr. 6
- 92 Desgl., 1849 Nr. 9
- 93 Der Bote vom Filsthale, a.a.O., 1848 Nr. 101
- 94 Der Bote von Aalen, 1849 Nr. 15, 17, 26
- 95 Desgl., 1849 Nr. 12
- 96 Desgl., 1848 Nr. 44
- 97 Wie Anm. 95
- 98 Der Bote von Aalen, 1849 Nr. 6
- 99 Desgl., 1849 Nr. 18
- 100 Desgl., 1849 Nr. 18, 19
- 101 Wie Anm. 1
- 102 Der Bote von Aalen, 1849 Nr. 34, 35
- 103 StaA, GR 1849, S. 207, 208
- 104 Der Bote von Aalen, 1849 Nr. 35, 37;
Aalen im Jahr 1848/49, a.a.O., S. 24
- 105 Wie Anm. 102
- 106 Wie Anm. 1
- 107 Der Bote von Aalen, 1849 Nr. 43
- 108 Staatsarchiv Ludwigsburg, E 146/49 Bü 756;
Der Bote von Aalen, 1849 Nr. 53
- 109 Desgl., 1849 Nr. 43

- 110 Desgl., 1849 Nr. 44
- 111 Wie Anm. 1
- 112 Staatsarchiv Ludwigsburg, a.a.O.
- 113 Der Bote von Aalen, 1849 Nr. 50
- 114 Desgl., 1849 Nr. 61
- 115 Desgl., 1849 Nr. 60
- 116 Desgl., 1849 Nr. 64
- 117 Desgl., 1849 Nr. 62
- 118 Wie Anm. 1
- 119 Der Bote vom Filsthale, a.a.O., 1850 Nr. 77
- 120 Arnold Vatter, Ein berühmter Landtagsabgeordneter Geislingens (Johannes Scherr), Geschichtliche Mitteilungen von Geislingen und Umgebung, hg. vom Altertumsverein Geislingen, Heft 16, Geislingen 1959, S. 36–39
- 121 StaA, GR 1849, S. 290
- 122 Staatsarchiv Ludwigsburg, E 146/1959 Vereine
- 123 StaA, GR 1853, S. 235 b, 324, 329